



Die Woche im Bundestag

Kühlen Kopf bewahren und entschlossen handeln Amtlicher Rückruf der Diesel-Fahrzeuge angemessen

Es ist ein beispieleloser Vorgang, dass Präsident Trump nachträglich seine Zustimmung zur G7-Abschlussklärung zurückgezogen hat. Unsere Ernüchterung ist groß, da die G7 ein seit über 40 Jahren bewährtes Gesprächsformat sind. Mit diesem unerwarteten Schritt hat der US-Präsident der wertebasierten Zusammenarbeit der führenden westlichen Wirtschaftsnationen einen schweren Schlag versetzt.

Wir sind überzeugt, dass Präsident Trump mit seiner Politik in allererster Linie die USA und vor allem US-Wirtschaft selbst schwächt. Es ist bedauerlich, dass das Verhalten von US-Präsident Trump die vielen gemeinsamen guten Beschlüsse überdeckt, die im Rahmen der G7 getroffen wurden. Allen voran der gemeinsam beschlossene ‚Rapid Response Mechanism‘, der ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Wahlmanipulations-versuchen und Propaganda-attacken sowie von hybrider Kriegsführung im Cyberraum ist. Die zugesagten Mittel in Milliardenhöhe zur Verbesserung der Teilnahme von Frauen am Wirtschaftsleben in Afrika werden die Entwicklungschancen für den Kontinent deutlich verbessern. Aber auch die Abstimmung eines gemeinsamen Kurses in der Nordkoreapolitik, der eine nachprüfbar und unumkehrbare Denuklearisierung Nordkoreas verlangt, war ein wichtiges Signal im Vorfeld des Treffens von Trump mit Machthaber Kim Jong Un.

Wir erleben nicht nur im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten eine Zeitenwende. Die Europäer müssen ihr Schicksal außen- als auch sicherheitspolitisch endlich in die eigenen Hände nehmen. Unsere Fraktion ist dazu bereit.

Trotz des Verhaltens von Präsident Trump bleibt Deutschland enger Partner und Verbündeter der USA. Wir wissen, dass eine überparteiliche Mehrheit im Kongress und Senat sowie vor allem in der US-Bevölkerung genauso empfindet. Daher ist es jetzt wichtig, dass Deutschland und Europa die vorhandenen Kontakte und die Zusammenarbeit mit dem Kongress und Senat ausbauen und verstärken. Unser Ziel ist es, sie davon zu überzeugen, dass der Westen die weltweiten Herausforderungen besser geeint als gespalten bewältigen kann.



Mit der Anordnung eines Rückrufs von 238.000 Mercedes wegen unzulässiger Abschalt-einrichtungen hat Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer deutlich gemacht, dass der Bund bei der Durchsetzung der Gesetzeslage keine Abstriche macht. Er hat bei seinem Vorgehen unsere volle Unterstützung. Daimler ist so wie die deutsche Automobilindustrie insgesamt dazu aufgerufen, alle Zweifel an ihren Produkten durch Transparenz in der Zusammenarbeit mit den Behörden auszuräumen. Wir können nicht zulassen, dass durch unangemessene Abschalt-einrichtungen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Diesel weiter beschädigt wird.

Tourismusetat erhöht

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat auf Initiative der Koalitionsfraktionen eine Mittelanhebung zur Förderung der deutschen Tourismuswirtschaft von drei Millionen Euro im Bundeshaushalt 2018 beschlossen.



Andreas Mattfeldt, zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss erklärt dazu: „Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) leistet hervorragende Arbeit,

sowohl in der Vermarktung Deutschlands als Tourismusstandort, als auch in der Beratung der Tourismuswirtschaft und der Mittelstandförderung. Vor allem im Bereich Digitalisierung nimmt die DZT eine Vorreiterrolle ein, von der andere Wirtschaftszweige lernen können. Ein ganz wesentlicher Aspekt angesichts der Tatsache, dass Online-Buchungsplattformen und Sprachassistenzsysteme wie Alexa oder Siri die traditionellen Angebots- und Nachfragestrukturen in der Tourismuswirtschaft gerade nachhaltig verändern. Mit den zusätzlich bereitgestellten Finanzmitteln wird sichergestellt, dass die DZT mit globalen Entwicklungen Schritt halten kann und wichtige Investitionen wie etwa im Bereich Online-Marketing oder digitale Infrastruktur getätigt werden können.“

Die Woche im Parlament

Gesetz zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage. In 2./3. Lesung wurde die Einführung des neuen Rechtsschutzinstruments der Musterfeststellungsklage, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, verabschiedet. Sie unterstützt Verbraucher dabei, ihre Rechte gegenüber Unternehmen besser durchsetzen zu können. Die neue Klageart ist für den Verbraucher insbesondere bei standardisierten Massengeschäften mit geringem Schadensvolumen interessant. Zukünftig können dazu berechnete Verbraucherschutzverbände bei einer Mindestzahl betroffener Verbraucher in einem Klageverfahren das Vorliegen oder Nichtvorliegen anspruchsbegründender bzw. anspruchsausschließender Voraussetzungen feststellen lassen. Eine Bindungswirkung entfaltet sich für diejenigen Verbraucher, die sich hierfür in einem Klageregister anmelden. Diese Regelung soll zum 1. November 2018 in Kraft treten.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an EUNAVFOR MED Operation SOPHIA. Die EU-Operation SOPHIA ist ein wichtiger Teil der europäischen Gesamtstrategie zur Bekämpfung krimineller Aktivitäten der Menschenschleuser im Mittelmeer. Der Einsatz unserer Soldaten ergänzt die Bemühungen der Bundesregierung, die Länder entlang der Flucht- und Migrationsrouten zu unterstützen. Damit sollen der Schutz und die Grundversorgung von Flüchtlingen und Migranten verbessert, die Rückkehr in die Herkunftsländer ge-

fördert sowie die Perspektiven der Menschen in ihren jeweiligen Heimatländern gestärkt werden. Wir haben daher dem Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung des Mandats bei unveränderter personeller Obergrenze von 950 Soldaten bis 30. Juni 2019 zugestimmt.

Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten (Familiennachzugsneuregelungsgesetz). In 2./3. Lesung beschlossen wir eine Neuregelung des Familiennachzugs. Damit schaffen wir insbesondere Klarheit bei den Voraussetzungen und Ausschlussgründen für eine angemessene und sachgerechte Begrenzung des Nachzugs. Ab dem 1. August 2018 wird nur noch höchstens 1.000 Personen pro Monat aus humanitären Gründen der Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten gewährt. Bei der Bestimmung der nachziehenden Familien werden zukünftig das Kindeswohl und Integrationsaspekte besonders berücksichtigt. Ausgeschlossen wird der Familiennachzug in der Regel dann sein, wenn die Ehe erst während bzw. nach der Flucht geschlossen wurde, der in Deutschland aufhältige Ausländer schwerwiegende Straftaten begangen hat oder seine Ausreise kurzfristig zu erwarten ist. Zudem schließen wir eindeutig den Familiennachzug zu Gefährdern – zu deutschen wie auch zu allen ausländischen Gefährdern unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus – grundsätzlich aus.

Daten und Fakten

Deutsche Wirtschaft macht Fortschritte in der Digitalisierung. Die meisten deutschen Unternehmen zeigen eine große Offenheit gegenüber der Digitalisierung und stellen sich auf die veränderten Marktbedingungen ein. So sehen laut einer Umfrage des Digitalverbands Bitkom 9 von 10 Unternehmen (89%) die Digitalisierung eher als Chance für das eigene Unternehmen, nur 8% nehmen sie überwiegend als Risiko wahr. Zudem haben mittlerweile 78% der Unternehmen eine Digitalstrategie (2017: 68%). Die zunehmende Verbreitung von Digitalstrategien führt auch dazu, dass Unternehmen ihre Produktpalette anpassen. So nehmen 37% als Folge der Digitalisierung Produkte und Dienstleistungen vom Markt, 63% passen ihr bestehendes Portfolio an. Fast jedes zweite Unternehmen (48%) bietet als Reaktion auf die Digitalisierung neue Produkte und Dienstleistungen an, vor einem Jahr waren es nur 44%.

(Quelle: Bitkom)

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.